

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Die Klimakrise führt zu einschneidenden Veränderungen in der Welt – schon heute. Für
- 2 Millionen von Menschen weltweit ist die Erderwärmung längst kein theoretisches Phänomen
- 3 mehr. Tagtäglich erleben sie die Zerstörung ihrer Gegenwart. Klimakrise bedeutet für sie
- 4 Wüstenbildung, Ernteverlust, Versalzung der Böden, Wasserknappheit, Überschwemmung oder
- 5 Hitzewelle. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, Ökosysteme und Lebensgrundlagen werden
- 6 zerstört, Hunger und Armut verschärft.

- 7 Klimakrise, das ist aber auch der unermessliche Verlust von sicherem Zuhause, von Heimat,
- 8 von jahrtausendealten Kulturgütern. Die Zahl der Vertriebenen durch klimabedingte Ereignisse
- 9 hat sich seit den 70er-Jahren vervierfacht. Heute werden innerstaatlich mehr Menschen durch
- 10 umweltbedingte Katastrophen wie Fluten und Stürme als durch Gewalt und Konflikte vertrieben.

- 11 Das Internal Displacement Monitoring Centre geht in der Zeit von 2008 bis 2017 von
- 12 durchschnittlich mehr als 24 Millionen erstmals Vertriebenen pro Jahr aus. Tendenz:
- 13 steigend.

- 14 Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und der Verabschiedung des
- 15 Regelbuches in Kattowitz hat die Staatengemeinschaft die Klimakrise als gemeinsame, globale
- 16 Herausforderung anerkannt und sich darauf verständigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad
- 17 Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius bis 2100 zu beschränken. Expert*innen zufolge
- 18 befinden wir uns momentan auf dem Weg hin zu einer Erderwärmung von mindestens 3,2 Grad
- 19 gegenüber vorindustrieller Zeit. Zahlreiche Schätzungen liegen deutlich höher. Bereits zwei
- 20 Grad Erderwärmung würden derweil ausreichen, um ganze Staaten wie das im Pazifik liegende
- 21 Tuvalu komplett verschwinden zu lassen.

- 22 Als – historisch wie aktuell – Hauptmitverursacher der Erderwärmung und als weltweit
- 23 einflussreiche Multiplikatoren kommt es vor diesem Hintergrund ganz entscheidend auf
- 24 Deutschland und die Europäische Union an. Die eigene, ambitionierte Umsetzung des Pariser
- 25 Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen oberste Priorität
- 26 erlangen. Wir müssen mit bestem Beispiel vorangehen, internationaler Vorreiter im
- 27 Klimaschutz werden und die globale Nachhaltigkeitsagenda spürbar beschleunigen. Das jüngst
- 28 verabschiedete, völlig unzureichende „Klimapaket“ und der erschreckende Mangel greifbarer
- 29 Ergebnisse im Rahmen des letzten High Level Political Forum zur Umsetzung der nachhaltigen
- 30 Entwicklungsziele haben erneut gezeigt: Die aktuelle Bundesregierung wird dem nicht
- 31 ansatzweise gerecht.

- 32 Dabei wird das Zeitfenster, in dem wir noch gegensteuern können, um die schlimmsten Folgen
- 33 der Klimakrise abzumildern, bedrohlich klein. Wir bleiben deshalb dabei: Deutschland muss
- 34 eine umfassende Kehrtwende in allen Sektoren einleiten, ein besonderes Augenmerk auf

35 Politikkohärenz und strukturelle Reformen legen – und auf den Kurs zur Einhaltung der
36 Pariser Klimaziele und der Nachhaltigkeitsziele einlenken.

37 Selbst im besten Fall aber – wenn also die Emissionen drastisch reduziert werden sollten –
38 werden weiterhin und vermehrt Menschen im Kontext der Klimakrise ihr bisheriges Zuhause
39 verlassen müssen, um überleben zu können. Entsprechend ist und bleibt es zwar
40 selbstverständlich unsere Priorität, die Klimakrise mit allen Mitteln einzudämmen und dafür
41 zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen ihre bisherige Heimat überhaupt verlassen
müssen.

42 Letzten Endes ist es aber auch unsere Aufgabe und Verantwortung als Industriestaaten, eine
43 Antwort auf die Phänomene klimabedingter Migration und Flucht zu geben.

44 **Global gerecht handeln, Menschenrechte schützen**

45 In vielfacher Hinsicht ist die Klimakrise eine Krise der globalen Gerechtigkeit: Während
46 sich auch bei uns die extremen Wetterereignisse verdichten, trifft die Klimakrise in erster
47 Linie den globalen Süden – und damit just jene Regionen dieses Planeten, die historisch
48 betrachtet am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. In den betroffenen Regionen
49 wiederum sind besonders jene betroffen, deren Existenz auf natürlichen Ressourcen beruht und
50 die die geringsten Möglichkeiten haben, sich vor Naturgefahren zu schützen oder auf
51 klimatische Veränderungen zu reagieren: Frauen, Kinder, Minderheiten.

52 Dabei wirkt die Klimakrise nicht nur unmittelbar auf die Lebensrealität vor Ort ein, sondern
53 verschärft bereits bestehende Probleme zum Teil erheblich. Konflikte um immer knappere
54 Ressourcen nehmen zu. Elementare Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Wasser,
Wohnen,
55 Bildung, Gesundheit, eine saubere Umwelt und ein Leben in Würde – Menschenrechte also, die
56 im globalen Süden ohnehin unter besonderem Druck stehen – werden infolge der Klimakrise
57 zunehmend verletzt.

58 Der klimapolitische Stillstand der Industrienationen ist somit auch deshalb nicht weiter
59 hinnehmbar, da der Status Quo zu einer steten Verletzung universeller Menschenrechte in
60 anderen Teilen der Welt führt. Im Umkehrschluss sind die konsequente, gender-responsive und
61 inklusive Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige
62 Entwicklung nicht nur klima- oder entwicklungspolitisch geboten – sondern Ausdruck
63 historischer Verantwortung, globaler Gerechtigkeit und des Menschenrechtsschutzes zugleich.

64 Mit dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns dem Ziel der Klimagerechtigkeit verpflichtet.
65 Auf Grundlage „gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten“ wurde vereinbart,
66 dass Länder mit großem ökologischem Fußabdruck entsprechend Verantwortung übernehmen
und mit

67 den Ländern des globalen Südens nach gemeinsamen Lösungen suchen. Die konsequente
68 Implementierung der vereinbarten Maßnahmen ist also bei Weitem kein Almosen. Vielmehr
stehen

69 wir – historisch, aber auch vertraglich – in der Verantwortung für Weltzusammenhänge, die
70 wir mitverursacht haben und weiterhin mit verursachen.

71 Das bedeutet dann auch, aktiv die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte einzufordern

72 und zu verteidigen. Beides nämlich – der Schutz der Menschenrechte und der Einsatz gegen die
73 Klimakrise – sind zwei Seiten derselben Medaille, führt die Klimakrise doch ebenso zu

74 Menschenrechtsverletzungen wie letztere die Anpassung an die Klimakrise erschweren. Die
75 Kriminalisierung von Menschen- und nicht zuletzt Frauenrechtsverteidiger*innen weltweit
76 erfordert eine gleichsam deutliche und spürbare Reaktion der internationalen
77 Staatengemeinschaft wie die systematische Verfolgung der derzeit besonders gefährdeten
78 Landrechts- und Umweltaktivist*innen.

79 Natürlicherweise kommt vor diesem Hintergrund dem UN-Menschenrechtsrat sowie
bestehenden UN-
80 Sonderberichterstatte*rinnen – für Umwelt und Menschenrechte, für die Menschenrechte von
81 Migrant*innen, für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen – eine entscheidende Rolle zu.
82 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsverstöße im Kontext der Klimakrise nicht
83 zuletzt auf UN-Ebene noch sehr viel stärker in den Fokus rücken, genauer klassifiziert und
84 menschenrechtliche Entwicklungen im Kontext klimabedingter Migration und Flucht gezielter
85 beobachtet werden.

86 Zugleich setzen wir uns für eine völkerrechtliche Verankerung der UN-Leitprinzipien für
87 Wirtschaft und Menschenrechte ein. Der bisherige Ansatz, auf unternehmerische
88 Selbstverpflichtung zu setzen, ist gescheitert. Eine wirksame Ausrichtung globaler
89 Produktions- und Lieferprozesse auf die strikte Einhaltung der völkerrechtlich verbrieften
90 Menschenrechte – inklusive der Menschenrechte dritter Generation, insbesondere des Rechts
91 auf eine saubere Umwelt – setzt ein verbindliches UN-Rahmenwerk voraus. Vor diesem
92 Hintergrund bietet insbesondere der Binding-Treaty-Prozess auf Ebene der Vereinten Nationen
93 die konkrete Chance, ein globales und rechtsverbindliches Abkommen zu erreichen. Diesen
94 Prozess wollen wir unterstützen.

95 **Resilienzaufbau und Anpassungsmaßnahmen verstärken, Schäden und Verluste kompensieren**

96 Mit dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben sich
97 Deutschland und andere Industrienationen dazu verpflichtet, die Gefahren für die
98 verletzlichsten Menschen abzuwenden und deren Widerstandskraft gegen die Erderwärmung
99 stärken zu helfen. Das bedeutet, von der Klimakrise besonders betroffene Länder technisch
100 wie finanziell zu unterstützen und sie nicht mit den Folgen der Erderwärmung allein zu
101 lassen. Deutschland und die Europäische Union sollten sich international dafür stark machen,
102 dass den vom Klimawandel betroffenen Menschen in ihren Heimatländern eine umfangreiche
103 internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel und eine gerechte
Kompensation
104 für entstandene Schäden zukommt.

105 Die für die internationale Klimafinanzierung von den Industrieländern in Kopenhagen
106 zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 decken nicht annähernd die bestehenden
107 und zu erwartenden Bedarfe – umso mehr, als ausdrücklich nur Klimaschutz- und
108 Anpassungsmaßnahmen inbegriffen sind, der Ausgleich von Schäden und Verlusten (Loss and
109 Damage) aber nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass die 100 Milliarden US-Dollar nicht nur
110 sichergestellt, sondern aufgestockt werden, explizit auch für Maßnahmen zur Prävention und
111 Reduktion klimabedingter Vertreibung. Den deutschen Beitrag zur internationalen
112 Klimafinanzierung wollen wir dabei gemäß Verursacherprinzip auf den fairen Anteil von rund
113 zehn Prozent anheben und aus öffentlichen Mitteln erbringen, mit denen dann auch weitere
114 private Mittel mobilisiert werden können. Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, die
115 Ausgaben für internationale Klimafinanzierung um jährlich 800 Millionen Euro sowie die

116 weiteren Ausgaben für offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um jährlich 1,2 Milliarden
117 Euro zu erhöhen, bis das jahrzehntealte Versprechen, mindestens 0,7 Prozent der
118 Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, endlich erfüllt ist. Danach wollen
119 wir die Klimagelder weiter anwachsen lassen mit dem Ziel, die Zusätzlichkeit der Zusagen zur
120 internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7-Prozent-Ziel mittelfristig
121 sicherzustellen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der
122 Vereinten Nationen aus.

123 Zum Ausgleich von Schäden und Verlusten – zum Beispiel auch bei Umsiedlungen im Rahmen
124 klimabedingter Migrationsbewegungen – unterstützen wir die Idee eines globalen
125 Verursacherfonds zur fairen Lastenverteilung. Vorschläge einschlägiger Expert*innen zu
126 dessen teilweisen Finanzierung reichen von einer Climate Damages Tax über eine international
127 erhobene Abgabe auf Flugtickets bis hin zum anteiligen Ertrag aus Steuern auf CO₂,
128 Finanztransaktionen oder Vermögen. Entsprechende Debatten gehen nur schleppend voran;
auch

129 die Bundesregierung agiert, gemessen an der tatsächlichen Dringlichkeit, sträflich
130 zurückhaltend. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass sich Deutschland proaktiv an einer
131 zielgerichteten Debatte über die Einrichtung eines globalen Verursacherfonds, über dessen
132 Ausmaß, über eine Beitragsgewichtung gemäß Verursacherprinzip sowie über mögliche
133 Finanzierungsinstrumente beteiligt. Spürbarer Fortschritt auf diesem komplexen Gebiet ist
134 überfällig und dürfte entscheidend sein für die Frage, ob wir es als internationale
135 Staatengemeinschaft schaffen, die Erderwärmung nicht nur drastisch einzudämmen, sondern
136 unsere globale Antwort auf die Klimakrise solidarisch und gerecht auszugestalten.

137 Ebenso wird es darauf ankommen, effektiven Rechtsschutz für diejenigen zu ermöglichen, die
138 durch die Folgen der Klimakrise konkrete Schäden und Verluste erleiden – insbesondere,
139 solange die Verursacherstaaten selbst keine ausreichenden finanziellen Mittel für den Umgang
140 mit Loss and Damage zur Verfügung stellen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung des
141 Rechtswegs und des Instruments der Klimaklagen ein. Auch wollen wir die Debatte um
142 Klimarisikoversicherungen aktiv vorantreiben und dazu beitragen, diese gemäß
143 Verursacherprinzip auszugestalten und in ein breiteres Konzept zur Risikominimierung
144 einzubetten.

145 Schließlich wollen wir im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe
146 gezielt Risikoregionen auf klimatische Veränderungen und den Katastrophenfall vorbereiten
147 helfen. Unter anderem wollen wir in Frühwarnsysteme investieren und Partnerländer dabei
148 unterstützen, die Schaffung eines erhöhten Bewusstseins für umwelt- und klimapolitische
149 Belange im Bildungs- und Ausbildungswesen voranzutreiben. Außerdem setzen wir uns dafür
ein,

150 dass Maßnahmen zur Risikominderung in den jeweiligen nationalen Systemen verankert und mit
151 wirksamen Rechtsvorschriften untermauert werden.

152 **Migration, Flucht und Vertreibung im Kontext der Klimakrise**

153 Selbst, wenn wir es schaffen sollten, die Ziele von Paris vollumfänglich einzuhalten, bleibt
154 die Erderwärmung eine Realität. Menschen werden gezwungen sein, umzusiedeln – weil ihr
Boden

155 vertrocknet, weil durch den steigenden Meeresspiegel ihre Häuser unterspült werden, weil der
156 nahegelegene Staudamm unter der Last der schmelzenden Gletscher zu bersten droht. Die

157 Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert klimabedingte Migrant*innen vor
158 diesem Hintergrund als „Personen oder Personengruppe, die aufgrund plötzlicher oder
159 fortschreitender deutlicher Veränderungen der ihr Leben beeinflussenden Umwelt- und
160 Lebensbedingungen gezwungen sind oder sich veranlasst sehen, ihre Heimat zu verlassen, sei
161 es zeitweise oder permanent, und die sich innerhalb ihres Heimatlandes oder über dessen
162 Grenzen hinaus bewegen“.

163 Wie viele Menschen letztlich betroffen sein werden, ist schwer zu erfassen. Aktuelle
164 Schätzungen variieren stark. Denn erstens wissen wir nicht, wie hoch die Erderwärmung
165 letztlich ausfallen wird. Zweitens hängt vieles davon ab, wie verletzlich Menschen im
166 jeweiligen Einzelfall gegenüber Klimaveränderungen sind – und wie gut sie sich daran
167 anpassen können. Drittens erfolgt Migration, so es denn tatsächlich dazu kommt, in den
168 seltensten Fällen aus nur einem, trennscharf zu ermittelndem Grund. Persönliche Erwägungen,
169 Umweltaspekte und die Klimakrise stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander. Umwelt-
170 und Klimaveränderungen verlaufen oft schleichend, was die Ermittlung einer konkreten
171 Kausalität weiter erschwert. Und es muss auch nicht jede Entscheidung, sein Zuhause zu
172 verlassen, endgültig sein. Kurzum: Klimabedingte Migration ist ein komplexer Prozess.

173 Entsprechend unterschiedlich sind aktuelle Modellrechnungen. Die jüngste Studie des UN-
174 Klimarats (IPCC) geht davon aus, dass selbst beim Erreichen des zwei-Grad-Ziels bis zum Jahr
175 2050 bis zu 280 Millionen Menschen vertrieben werden, innerhalb ihres jeweiligen Landes und
176 über die Grenzen hinaus. Die Weltbank wiederum geht in ihrer Groundswell-Studie aus dem
177 Jahr
178 2018 von einem Szenario von 140 Millionen klimabedingt Vertriebenen allein in Sub-Sahara-
179 Afrika, Südasien und Südamerika bis 2050 aus. Allerdings legt sie auch dar, dass circa 80
180 Prozent der Vertreibung durch ambitionierte Minderung und Anpassung vermeidbar seien. In
181 jedem Fall wird es darauf ankommen, die bestehenden Datenlücken auf dem Gebiet der
182 klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestmöglich zu schließen und entsprechende
183 Forschungsvorhaben zu unterstützen – gerade auch mit Blick auf komplexe Phänomene wie
184 Migrationsbewegungen infolge schleichender Umweltveränderungen. Dafür machen wir uns
185 stark.

184 Gleichzeitig gibt es Situationen, die sich deutlich klarer darstellen lassen. Insbesondere
185 die Bewohner*innen tiefergelegener Inselstaaten, vor allem im Pazifik, sind mit der
186 Notwendigkeit einer mittelfristigen Umsiedlung sehr direkt konfrontiert. Erderwärmung
187 bedeutet für sie nicht nur den Verlust von materiellen Gütern und Staatsgebiet, womöglich
188 gar von de facto oder de jure Staatsangehörigkeit; die Klimakrise wird mit allerhöchster
189 Wahrscheinlichkeit auch hohe finanzielle Kosten verursachen – und die Aufgabe von heiligem
190 Land und traditioneller Lebensweise, von Kultur und Souveränität bewirken. All das gilt es,
191 frühzeitig und planbar anzugehen. Das Unvermeidbare wird nicht vermieden werden, indem wir
192 uns einer vorausschauenden Reaktion verweigern.

193 Die Unterscheidung und Analyse unterschiedlicher Formen klimawandelbedingter
194 Wanderungsbewegungen jedenfalls sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass wir adäquate
195 Instrumente und Politiken entwerfen. Insbesondere wird es darauf ankommen, dass wir
196 Möglichkeiten vorausschauender Planung für die Betroffenen schaffen; dass diese also
197 selbstbestimmt und frühzeitig über eine mögliche Umsiedlung entscheiden können; dass es
198 aber
199 auch Orte gibt, an denen sie sich niederlassen können. Andererseits wird es natürlich auch

199 zu Situationen plötzlicher Flucht im Kontext der Klimakrise kommen, nach Stürmen oder
200 Überschwemmungen zum Beispiel – die erwiesenermaßen durch die Klimakrise verstärkt oder
201 beschleunigt werden.

202 Erste konkrete Fallbeispiele unterstreichen vor diesem Hintergrund die Komplexität und
203 Vielschichtigkeit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung. In Äthiopien
204 beispielsweise spricht das Auswärtige Amt von fast drei Millionen Binnenvertriebenen.
205 Darunter seien nach Schätzungen rund eine halbe Million aufgrund von klimatischen Faktoren,
206 primär infolge anhaltender Dürre geflohen. Andere Expert*innen gehen hingegen von circa 1,4
207 Millionen Menschen aus, die im Kontext der Klimakrise vertrieben wurden.

208 In jedem Fall wirkt die Klimakrise in Äthiopien wie ein Multiplikator bereits bestehender
209 Probleme und Konflikte; sie interagiert mit anderen Faktoren auf vielfache Weise und führt
210 zu wechselseitiger Verstärkung. Nichtstun ist keine Option. Die internationale Gemeinschaft,
211 allen voran die Industriestaaten müssen Antworten finden auf Fragen von Verantwortlichkeit
212 und Schutzbedarfen, von globaler Gerechtigkeit, von völkerrechtlichen Handlungsoptionen. Wir
213 wollen uns dieser Mammutaufgabe stellen.

214 **Bestehende internationale Prozesse unterstützen, Ownership und Koordinierung sicherstellen**

215 Im Bereich der klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestehen international
216 bereits unterschiedlichste politische Prozesse, Plattformen und Mechanismen. Innerhalb der
217 internationalen Klimaarchitektur gibt es den Warschau-Mechanismus für Verluste und Schäden,
218 der im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eine Taskforce on Displacement
eingrichtet

219 hat. Diese hat erste Empfehlungen schon vorgelegt. Ein Mitglied der Taskforce wiederum ist
220 die Platform on Disaster Displacement als eine staatengeleitete Plattform mit Sitz in Genf,
221 die mit verschiedenen Stakeholdergruppen mögliche Lösungsansätze im Bottom-up-Verfahren
222 entwickelt sowie zur Verbesserung der globalen Datenlage und -analyse beiträgt. Sie hat sich
223 insbesondere der Förderung des Austauschs bestehender guter Praktiken zwischen beteiligten
224 Staaten und Akteur*innen verschrieben, die Katastrophenvertriebenen bereits seit Jahren
225 freiwillig und basierend auf solidarisch-humanitären Erwägungen grenzüberschreitend
Aufnahme

226 und Schutz gewähren. Dabei treibt die Plattform die Umsetzung der Empfehlungen der Agenda
227 for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disaster and Climate
228 Change, also der Nansen-Schutzagenda international voran und setzt sich beispielsweise dafür
229 ein, dass deren Ansätze in internationalen Verträgen verankert werden.

230 Wir werten es als großen Fortschritt, dass im Dezember 2018 der Komplex klimabedingter
231 Migration, Flucht und Vertreibung im Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre
232 Migration sowie im Globalen Pakt für Flüchtlinge aufgenommen wurde. Bedauerlicherweise
233 bleibt die Umsetzung dieser Vereinbarungen für die Vertragsstaaten nur freiwillig, der
234 internationale Wille dazu zögerlich. Wir sprechen uns für eine konsequente Implementierung
235 und eine angemessene finanzielle wie strukturelle Unterstützung auch durch die deutsche
236 Bundesregierung aus.

237 Eines jedenfalls ist offenkundig: Es wird den einen großen internationalen Wurf zum Umgang
238 mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung auf absehbare Zeit nicht geben. Wir
239 machen uns deshalb dafür stark, dass Deutschland bestehende Arbeitsprozesse nach Kräften

240 politisch und finanziell unterstützt, sich gegenüber anderen Staaten insbesondere aus dem
241 Kreis der Industrieländer für diese Prozesse einsetzt, deren enge Anbindung an
242 Zivilgesellschaft und Forschung sicherstellt sowie gemeinsam mit möglichst vielen weiteren
243 Staaten bislang erarbeitete Empfehlungen und bestehende effektive Praktiken tatsächlich auch
244 umsetzt. Unter anderem wollen wir die Empfehlungen aus dem Globalen Pakt für sichere,
245 geordnete und reguläre Migration sowie dem Globalen Pakt für Flüchtlinge auf nationaler wie
246 europäischer Ebene vorantreiben. Auch die Empfehlungen der Taskforce on Displacement
wollen
247 wir aufgreifen und in nationale wie europäische Politik integrieren.

248 Sämtliche Projekte und Politiken zum Schutz von klimabedingt Vertriebenen müssen dabei
einem
249 menschenrechtsbasierten, partizipativen Ansatz folgen und die Rechte der besonders
250 verletzlichen Menschen sicherstellen. Gerade weil Frauen und Mädchen, marginalisierte
251 Gruppen und nicht zuletzt Indigene auf besondere Weise von der Klimakrise betroffen sind,
252 wollen wir ihnen eine Schlüsselfunktion in der Bewältigung zukommen lassen. Durch ihre
253 Lebenssituation sind sie oft die Ersten, die sich anpassen müssen, entwickeln das
254 entsprechende Wissen und Können – was sie zu Expert*innen und Gestalter*innen eines
255 nachhaltigen Wandels werden lässt.

256 Auf dem Weg hin zu Lösungsansätzen ist auch die Selbstbestimmung der betroffenen Staaten
257 essentiell. Der überwiegende Teil klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung findet
258 jeweils innerhalb eines betroffenen Landes oder in der Region statt. Umso zentraler wird es
259 sein, alle Debatten und Verhandlungen über eine vorausschauende und planbare Umsiedlung,
260 über Versorgung und Integration, über regionale Lösungsansätze und Mechanismen gemeinsam
mit
261 den Betroffenen zu führen, Ownership sicherzustellen und die notwendige Finanzierung
262 gemeinsam zu garantieren.

263 Zugleich finden auch innerhalb und zwischen den einzelnen Arbeitsprozessen grundlegende
264 Überlegungen statt, wie sich die vielen Multi-Stakeholder-Prozesse auf den unterschiedlichen
265 Ebenen noch kohärenter koordinieren ließen. Dieses Ansinnen unterstützen wir ausdrücklich.
266 Nicht etwa im Widerspruch zum bestehenden Bottom-up-Ansatz; auch nicht, um einzelne
267 Initiativen institutionell zu binden; sehr wohl aber mit dem Ziel, dem Bereich
268 klimabedingter Vertreibung die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen sowie
perspektivisch

269 internationales Engagement und staatliche Verbindlichkeit auf Ebene aller
270 Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention zu steigern. Vor diesem Hintergrund
machen

271 wir uns dafür stark, die Themenkomplexe „Schäden und Verluste“ sowie „klimabedingte
272 Migration, Flucht und Vertreibung“ – und damit die Arbeit der Taskforce on Displacement im
273 Rahmen der UNFCCC-Architektur – systematisch und in angemessenem Umfang auf der
Tagesordnung

274 der jährlichen UN-Klimakonferenzen zu verankern. Auch unterstützen wir die unter anderem von

275 der Platform on Disaster Displacement geäußerte Idee, die Koordinierung innerhalb der
276 Vereinten Nationen sowie zwischen deren Agenturen zusätzlich durch die Einberufung eines
277 Sonderbeauftragten (Special Representative) beziehungsweise eines Sonderberaters (Special

278 Advisor) für klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung in der Struktur des UN-
279 Generalsekretariats zu verbessern.

280 **Klimabedingte Migration: sicher, selbstbestimmt, planbar**

281 Der Umgang mit Migration wird in Zeiten der Klimakrise zu einem ethischen Prüfstein für die
282 internationale Staatengemeinschaft. Was für Migration im Allgemeinen gilt, gilt auch im
283 Kontext der Klimakrise: Wir müssen Wege eröffnen, klimabedingte Migration sicher,
284 selbstbestimmt und möglichst planbar zu gestalten. Ganz im Sinne von Artikel 13 der
285 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen wir uns dafür ein, dass umweltinduzierte
286 beziehungsweise klimabedingte Migration rechtzeitig, würdevoll, selbstbestimmt, sicher und
287 vor allem legal ermöglicht wird – und dass den Betroffenen das Recht garantiert wird,
288 innerhalb ihres Landes, in der Region und gegebenenfalls über die eigene Region hinaus
289 umzusiedeln.

290 Die Umsetzung des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration ist da ein
291 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt müssen sich Deutschland und Europa
292 deutlich stärker engagieren – bilateral ebenso wie im Rahmen internationaler Kooperationen.
293 Unter anderem haben wir deshalb ein Konzept für ein modernes Einwanderungsrecht mit
294 Punktesystem vorgelegt und sprechen uns für eine vereinfachte, gegebenenfalls auch
temporäre
295 Arbeitsmigration aus – grundlegend und im Kontext der Klimakrise.

296 Die internationale Staatengemeinschaft muss sich darauf einigen, wie sie mit dem erwartbaren
297 Verlust ganzer Staatsgebiete umzugehen gedenkt. Wir machen uns dafür stark, dass
298 entsprechende Debatten und Verhandlungen mit deutlich mehr Nachdruck geführt werden als
299 bislang. Natürlich wird es auch hier darauf ankommen, eine frühzeitige und selbstbestimmte
300 Umsiedlung zu ermöglichen. Aber es geht um viel mehr. Wenn absehbar ist, dass beispielsweise

301 Inselstaaten im Pazifik vollständig verschwinden, müssen wir dringend festlegen, welche
302 Konsequenzen daraus für die Gewässerhoheit entstehen, insbesondere aber, ob die bisherigen
303 Bewohner*innen automatisch auch ihre Staatsangehörigkeit verlieren – und welche
304 völkerrechtlichen Folgen das für sie und ihren Schutzanspruch mit sich bringt. Für uns hat
305 es dabei oberste Priorität, dafür Sorge zu tragen, dass Staatenlosigkeit de facto und de
306 jure verhindert wird.

307 Vor diesem Hintergrund wollen wir auch die Idee eines Klimapasses auf nationaler,
308 europäischer und internationaler Ebene vorantreiben, dessen individueller Ansatz den
309 Betroffenen ermöglicht, selbstbestimmt über ihre Migration zu entscheiden. Konkret böte der
310 Klimapass von der Erderwärmung existenziell bedrohten Personen die Option, Zugang zu Schutz

311 und letztlich staatsbürgergleichen Rechten in weitgehend sicheren Ländern zu erlangen – in
312 der Region, in Europa und weltweit. In einer ersten Phase sollte der Klimapass den
313 Bevölkerungen kleiner Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar
314 werden wird, angeboten werden – um ihnen eine frühzeitige Umsiedlung in Würde zu
ermöglichen

315 und dem Verlust grundlegender Rechte vorzubeugen. Als Aufnahmeländer stehen insbesondere
316 Staaten mit historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen und somit großem
Anteil

317 an der Erderwärmung in der Verantwortung.

318 Regionale Lösungsansätze müssen gestärkt sowie technisch und finanziell unterstützt werden,
319 bis hin zu lokalen Vereinbarungen über Mobilität und Rechtsschutz von Saisonarbeiter*innen,
320 Nomad*innen oder Viehtreiber*innen. Da es häufig Frauen und Kinder sowie Alte sind, die in
321 sozioökonomisch unterversorgten Regionen zurückbleiben, sollten sich auch Deutschland und
322 die Europäische Union im Rahmen ihrer Programme zur Stärkung von Anpassung und Resilienz
323 gezielt für alternative Einkommensmöglichkeiten und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen
324 stark machen.

325 **Klimabedingte Flucht: Versorgung sicherstellen, Schutzlücken schließen**

326 Schon heute trägt die Klimakrise dazu bei, dass die Konkurrenz um knappe Ressourcen
zunimmt,
327 bestehende Konflikte befeuert oder neue ausgelöst werden. Dadurch können Situationen
328 entstehen, die einer Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen – und
329 damit internationales Asylrecht begründen.

330 Zugleich nehmen Naturkatastrophen wie Fluten und Stürme in Intensität, Ausmaß und
Häufigkeit

331 zu – auch infolge der Klimakrise. Der Zusammenhang zu Erderwärmung und Klimakrise ist
332 komplex, aber wissenschaftlich anerkannt. Menschen aber, die vor plötzlichen
333 Extremwetterereignissen fliehen, sei es nun temporär oder dauerhaft, fallen bislang in eine
334 völkerrechtliche Schutzlücke. Insgesamt fällt im Kontext der Klimakrise nur ein Bruchteil
335 der Fluchtbewegungen unter den etablierten Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Das
336 entsprechende Vakuum müssen wir dringend auf anderem Wege füllen.

337 Mit Blick auf die Situation von Binnenvertriebenen machen wir uns vor diesem Hintergrund für
338 die konsequente Umsetzung der UN-Leitlinien betreffend Binnenvertreibung (Guiding Principles
339 on Internal Displacement) stark, die ausdrücklich auch Fälle von „natürlichen oder vom
340 Menschen verursachten Katastrophen“ und damit auch Extremwetterereignisse abdecken – und
die

341 Betroffenen explizit „vor der zwangsweisen Rückführung an einen Ort oder Neuansiedlung an
342 einem Ort“ schützen, „an dem ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit und/oder ihre
343 Gesundheit gefährdet wären“.

344 Insgesamt entfalten aktuell regionale flüchtlingspolitische Ansätze die größte, wenn auch
345 weiterhin begrenzte Schutzwirkung auf Betroffene. Diese Ansätze wollen wir unterstützen,
346 darauf wollen wir aufbauen. Die Afrikanische Flüchtlingskonvention beispielsweise sieht
347 Flüchtlingsschutz auch nach Ereignissen vor, die eine „erhebliche Störung der öffentlichen
348 Ordnung“ mit sich bringen. Auch die lateinamerikanische Cartagena Declaration erweist sich
349 vom Wortlaut her auf Extremwetterereignisse anwendbar.

350 Insbesondere die von der Afrikanischen Union aufgelegte Kampala-Konvention aber betrachten
351 wir als inspirierende Blaupause, da sie den Umgang mit Vertriebenen im Kontext der
352 Klimakrise aufgreift sowie Rechte und Garantien zugunsten von Binnengeflüchteten
353 festschreibt. Die mangelhafte Ratifizierung der Kampala-Konvention ist ein Missstand, den
354 nicht zuletzt Deutschland in seinen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Afrikanischen
355 Union stets thematisieren sollte.

356 Vereinzelt geäußerten Vorschlägen, die Genfer Flüchtlingskonvention als solche zwecks
357 Überarbeitung zu öffnen, stellen wir uns gemeinsam mit zahlreichen flüchtlingspolitischen
358 Institutionen und Initiativen entgegen. Der Erarbeitung eines gesonderten Protokolls

359 wiederum stehen wir nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, erachten die Chance einer
360 zeitnahen Einigung angesichts komplexer Definitions- und Umsetzungsfragen allerdings als
361 äußerst gering.

362 Für die adäquate humanitäre Unterstützung auch von Katastrophenvertriebenen wollen wir die
363 internationale humanitäre Hilfe erhöhen und deren schnelle Koordinierung gewährleisten. Wir
364 setzen uns für eine frühzeitige Übergangshilfe und einen schnellen Wiederaufbau vor Ort ein,
365 damit Dörfer und Städte, damit Infrastruktur insgesamt rasch und entlang lokaler
366 Schwerpunktsetzung wieder aufgebaut werden können.

367 Katastrophenvertriebene brauchen eine existenzsichernde Unterstützung, um ihnen die Chance
368 auf einen würdevollen Neuanfang zu geben. Das Gleiche gilt für Rückkehrer*innen. Wir
369 schlagen vor, die notwendigen Mittel über den globalen Verursacherfonds zu generieren.
370 Beispiele wie Uganda, wo Geflüchteten der Zugang zu Ackerland ermöglicht wurde, zeigen
371 eindrucklich, wie wenig es bisweilen braucht, um das Ankommen zu erleichtern – und letztlich
372 auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aufnehmenden Region spürbar zu fördern.

373 Zusätzlich wollen wir gemäß den Empfehlungen des Globalen Paktes für sichere, geordnete und
374 reguläre Migration die Kategorie des [subsidiären Schutzes](#) im Rahmen der EU-
375 Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU) auf Katastrophenvertriebene ausweiten. Zugleich wird es
376 nationale Lösungen benötigen. Unter anderem wollen wir deshalb die
377 Familienzusammenführung
378 wieder stärken und die im Schengen-Kodex vorgesehene Möglichkeit humanitärer Visa
379 konsequenter nutzen – was letztlich auch den Betroffenen klimabedingter Flucht zugutekommen

379 könnte. Grundsätzlich wollen wir großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente über das
380 Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)
ermöglichen:

381 Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR
382 ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen.

383 **Klimapolitik: international, feministisch, intersektional**

384 Gerade Frauen und Mädchen leiden überdurchschnittlich unter den klimatischen
Veränderungen.

385 Sie stehen nicht nur größeren Risiken und Hürden entgegen, sondern werden vielfach auch
386 durch gesellschaftlich-kulturelle Normen und Rollenbilder strukturell benachteiligt. Sie
387 haben häufig einen ungleichen Zugang zu Ressourcen wie Zeit und Geld, zu Bildung und
388 gesundheitlicher Versorgung, zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Landrechten. Darunter leiden

389 Resilienz ebenso wie Anpassungsfähigkeit – ein Zustand, der im Zusammenhang der Klimakrise
390 umso benachteiligender wirkt und konkrete Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat.

391 Ähnliches gilt für Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Im brasilianischen
392 Amazonasgebiet beispielsweise leben fast 400 indigene Völker, die auf das intakte Ökosystem
393 ökonomisch und kulturell angewiesen sind. Schätzungen zufolge sind bereits 150 Millionen
394 Indigene von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sehr häufig leben sie in sensiblen
395 Ökosystemen wie kleinen Inselstaaten oder Atollen im Pazifik, in tropischen Regenwäldern, in
396 arktischen Regionen, im Hochland der Anden und des Himalaya oder in den Wüstengebieten

397 Afrikas; in Lebenswelten also, die stärker und unmittelbarer von der Klimakrise betroffen
398 sind als andere.

399 Unsere Klimapolitik ist deshalb nicht nur internationalistisch, sondern zugleich
400 feministisch und intersektional. Sie fasst die besondere Situation von Frauen und Mädchen,
401 zugleich aber auch die Belange marginalisierter Gruppen ins Auge und nutzt die herausragende
402 Rolle all dieser Akteur*innen. Gerade weil Frauen und marginalisierte Gruppen auf besondere
403 Weise von der Klimakrise betroffen sind, kommt ihnen eine Schlüsselfunktion in der
404 Bewältigung zu. Im Umkehrschluss heißt das: Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen
sind

405 stets auch Gelegenheit, bestehende Strukturen der Ungleichheit – bezogen auf die Verteilung
406 von Macht und Ressourcen, zum Beispiel – aufzubrechen und damit mehr Gerechtigkeit,
407 gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichberechtigung zu schaffen.

408 Unser prioritäres Ziel ist es, neben der eigentlichen Eindämmung der Klimakrise deren
409 humanitäre Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Für uns leitet sich aus dem
410 Verursacherprinzip konkrete, globale Verantwortung ab. Ambitionierter Klimaschutz, die
411 Steigerung von Resilienz sowie ein vorausschauendes, am Menschen und seinen Bedürfnissen
412 orientiertes Handeln sind dabei nicht nur Ausdruck von Klimagerechtigkeit, sondern ebenso
413 Voraussetzung einer weltweiten Friedensdividende. Auch in unserer Klimapolitik stellen wir
414 deshalb den Menschen in all seiner Würde und mit all seinen Rechten in den Mittelpunkt. Der
415 stete Blick auf das Wissen und die Belange der besonders verletzlichen Menschen und
416 marginalisierte Gruppen ist bei alledem kein beliebiger, sondern der Schlüssel schlechthin,
417 um nachhaltige und friedliche Strukturen in Zeiten der Klimakrise zu festigen.

418 Wir sind überzeugt: Eine gleichberechtigte, gendergerechte Gesellschaft hat bessere
419 Aussichten, ihre Umwelt zu schützen und die Klimakrise zu überwinden. Die Klimakrise ist
420 nicht genderneutral; unsere Gegenmaßnahmen dürfen es auch nicht sein.